

Nicht zum Nulltarif

Schulreform im Mittelpunkt

Das Fordern und Drängen der GEW bei der Umsetzung der Primarschulreform zeitige Erfolge, so unser Vorsitzender Klaus Bullan bei seiner Begründung der Einführung der Primarschule. Dies bezöge sich nicht nur auf die Erfolge, die der in seiner Mehrheit aus GEW-Mitgliedern bestehende Gesamtpersonalrat bei den Umsetzungsvereinbarungen zugunsten der KollegInnen auszuhandeln konnte, sondern auch auf die nicht unerheblichen zusätzlichen Personalressourcen, die nach hartem Ringen nun endlich bereitgestellt würden (s. Kasten). Dies seien vor dem Hintergrund der Finanzkrise keinesfalls Peanuts, so der Vorsitzende.

Bei allem Stolz auf das Erreichte hielte die GEW nach wie vor an dem Ziel „Eine Schule für Alle“ fest. Von einer Überwindung des gegliederten Schulsystems könne durch die Einführung der Stadtteilschule in Konkurrenz zum Gymnasium ja nicht gesprochen werden. Mit hin sei auch kein hinreichender Grund gegeben anzunehmen, dass man allein durch das zwei Jahre längere gemeinsame Lernen dem Ziel von Chancengleichheit wesentlich näher gekommen sei. Man müsse halt die jetzige Lösung als politischen Kompromiss ansehen. Ein Baustein, der uns weiterhelfe, unserer Vorstellung langfristig

weiter zu verfolgen. Auf jeden Fall böte die Debatte um die Einführung der Primarschule die Chance, unsere Vorstellungen von einem Schulsystem, das auf mehr Gerechtigkeit ziele, ganz oben auf der politischen Agenda zu halten. Man solle vor allem nicht die Symbolkraft, die diese Entscheidung für das ganze Land habe, unterschätzen. Dahinter stünde nicht weniger als die Frage, wer in diesem Land die Macht habe. Wörtlich: „Neben der Frage aber, ob die Trennung 10jähriger nach Schulformen quasi vom Volk ein für alle Mal – oder zumindest für lange Zeit – festgeschrieben wird und so der deutsche Sonderweg in Eu-

Aus der Rede des Vorsitzenden

Die Zustimmung zur Reform wird uns durch einige Verbesserungen erleichtert:

Die Berücksichtigung des Elternwillens, die begleitende Kommission, die Senkung der Klassenfrequenzen und die Abschaffung des Büchergelds sind wichtige Verbesserungen des Schulgesetzes und sie alle dienen der größeren sozialen Gerechtigkeit in der Schule.

Auch die Reform der Berufsvorbereitung und der Berufsorientierung mit engerer Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Stadtteilschulen weisen in die richtige Richtung.

Die Senkung der Klassengrößen an den Primarschulen ist verbunden mit einer Basisfrequenzsenkung, die unmittelbar zu höheren Lehrerstundenzuweisungen führt. Das bringt eine deutliche Erhöhung der Lehrerstellenzahl im dreistelligen Bereich. Ich erinnere auch daran, dass alle Entlastungen z.B. Altersentlastung, Teamstunden für die Klassen 4 bzw. aufwachsend in Klasse 5 in Primarschulen und Teamstunden in Klasse 7 bzw. aufwachsend in Klasse 8 in Stadtteilschulen und Gymnasien, Erhöhung des Zuweisungsfaktors für Stadtteilschulen, etc., die wir im Rahmen der Alterskampagne durchgesetzt haben, weit mehr als 200 zusätzliche Stellen schafft. Das Durchwachsen der abgesenkten Klassenfrequenzen im Primarbereich wird mehr als 370 Stellen zusätzlich an die Primarschulen bringen. Ebenfalls werden den Gymnasien 50 Stellen als Frequenzabsenkungsausgleich zur Verfügung gestellt.

Die vom Gesamtpersonalrat mit der BSB ausgehandelte Rahmenvereinbarung sieht weitere deutliche Entlastungen z.B. für pendelnde Lehrkräfte vor. Die Erhöhung der Faktoren in den Klassen 4-6 der Primarschulen (inkl. einer Erhöhung des Zuweisungsfaktors für die Kl. 4-6 der Primarschule), die übrigens noch weiter nachgebessert wurde, schlägt mit weiteren 60 Stellen zu Buche. Ich will damit nicht den Eindruck erwecken, alles wäre gut – das ist es ganz sicher nicht und da sind wir auch weiter dran. Aber diese Schulreform wird jedenfalls nicht zum Nulltarif umgesetzt. Gerade in diesen Zeiten, in denen die Regierung 30 Millionen zusätzlich an Gebühren im Kitabereich verlangt und damit massiven politischen Gegenwind in Kauf nimmt, sind die zusätzlichen Millionen für die Schulen nicht hoch genug zu bewerten.

ropa und der Welt zementiert ist, oder ob sich zaghafte Schritte in Richtung längeres gemeinsames Lernen durchsetzen, geht es um die Frage, wer in dieser Stadt die Macht hat und wozu sie genutzt wird.“ Bei aller Kritik im Einzelnen, so der Vorsitzende, appelliere er an die KollegInnen, allen Kleinmut fallen zu lassen, um die Chance auf Realisierung eines insgesamt in seinem Kern gerechteren Schulsystems wahrzunehmen.

Diejenigen, die sich durch die Reform benachteiligt fühlten, ließen es sich nicht nehmen, doch noch einmal vehement auf das hinzuweisen, was verloren gehe. Die Zerschlagung der Gesamtschulen sei schon ein großes Opfer, so der Tenor dreier Kollegen als Vertreter von drei großen Gesamtschulen. Sowohl die Streichung der Langformen als auch die Wegnahme der 5. und 6. Jahrgangsstufe hätten ja weitreichende Folgen für die pädagogischen Konzepte. Zumal die ‚Eingemeindung‘ in das, was dann später einmal Stadtteilschule werden sollte, ja noch mit vielen Fragezeichen versehen sei. Man befürchte schlicht und einfach, dass die Standards abgesenkt würden. Dies erkläre auch die Skepsis bis Ablehnung vieler KollegInnen gegenüber der Reform.

Die Kollegin Ewert vom Albrecht-Thaer-Gymnasium spitzte die Debatte noch weiter zu, indem sie konstatierte, dass die Reform „auf die Knochen“ der GymnasialkollegInnen gehe. Bei 50% Übergangsquote eines Jahrgangs auf das Gymnasium leisteten gerade sie zunehmend Integrationsarbeit. Durch ständig steigende Klassenfrequenzen und die Anforderung, keinen mehr „sitzen bleiben“ zu lassen, aber auch gleichzeitig eine hohe Abiturerfolgsquote erreichen zu müssen, sei die Belastungsgrenze der KollegInnen längst überschritten. Sie fordere mehr Solidarität gegenüber den Gym-

nasialkollegInnen, auch und gerade aus den Reihen der GEW.

Der Vorsitzende argumentierte, dass die GEW mit ihrer Forderung nach „Einer Schule für Alle“ sich damit keinesfalls gegen die Arbeit der GymnasialkollegInnen richte. Man müsse hierbei eben zwischen Einzel- und Gesamtinteresse unterscheiden. Gerade dieses Ganzen wegen wünsche er sich von den KollegInnen Unterstützung in Sachen Schulförderung.

Trotz der geäußerten Bauchschmerzen vieler Delegierter wurde der Antrag des Landesvorstands zur Einführung der Primarschule nahezu einstimmig angenommen.

Der Schulverbesserer

Nach der Mittagspause hatte dann der Vorsitzende der Bewegung Pro-Schulreform, Jobst Fiedler (s. auch Interview S. 8), die Möglichkeit, „Fahrplan“ und Konzept für die Kampagne zum Volksentscheid für die Einführung der sechsjährigen Primarschule vorzustellen. Die „Schulverbesserer“ nenne sich das Bündnis aus vielen engagierten Einzelpersonen, weil man nicht „gegen“, sondern „für“ etwas sei.

Stellvertretend für die vielen engagierten Einzelpersonen zählt auch unserer ehemalige Vorsitzende Anna Ammon dazu, die es sich nehmen ließ, durch ihre Anwesenheit zu unterstreichen, dass es um eine politische Richtungsentscheidung geht, die bundesweite Strahlkraft hat.

Jobst Fiedler schlug den Bogen von der Notwendigkeit der Veränderung in Hinblick auf mehr Chancengerechtigkeit bis zur Anforderung der Wirtschaft an das Bildungssystem. Die Wirtschaft erwarte schon in wenigen Jahren einen Fachkräftemangel. Allein schon aus diesem Grund könne man nicht auf das Ausschöpfen aller Begabungsreserven verzichten. Auf die Erfolge des „Wir-wollen-lernen-Bündnisses“ bezogen sprach er von den Ängsten der Mittelschicht, die zwar vordergründig berechtigt seien, die man aber entkräften könne, wenn man den Gesamtzusammenhang in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stelle. Keine Petitesse sei es, dass ein großer Teil der MigrantInnen nicht abstimmen dürften. Und dies, wo jedes zweite Kind in Hamburg einen Migrationshintergrund habe. Auch



Präsenz für „Schulverbesserer“: Anna Ammon, ehemalige Vorsitzende der GEW, zu Gast auf der LVV

dürfe der Umstand, dass von den 1,32 Millionen Wahlberechtigten nur 18% (!) Kinder habe, keine Randbemerkung bleiben. Den Entscheid zu gewinnen sei kein Spaziergang, er sei aber überzeugt, dass sich eine Mehrheit für die Primarschule finde, wenn gerade auch aus dem Kreis der Pädagoginnen und Pädagogen Überzeugungsarbeit geleistet werde.

Nicht nachlassen in Sachen Arbeitszeit und...

Überzeugungsarbeit müsse auch gegenüber der Behörde in Sachen Arbeitszeit geleistet werden, so die stellvertretende Vorsitzende Sigrid Strauss. Dabei machte sie unmissverständlich klar, dass wir trotz der kurzfristigen Bündelung unserer Kräfte auf die Schulreform nach wie vor von unserer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung keinen Deut abrücken. Ja, deshalb laute auch der Titel des Antrages: "Schulreform erfordert neue Arbeitszeitlegelung für Lehrkräfte jetzt!" Hierzu würde eine Arbeitsgruppe gebildet, die eine Kampagne vorbereiten werde, die nach den Sommerferien 2010 starte. Die Möglichkeiten Erfolge zu erringen seien gut, so die stellvertretende Vorsitzende, denn der Senat brauche für die geplante Schulreform die KollegInnen mehr denn je. Diese hätten genug Zorn auf das Arbeitszeitmodell angesammelt und positive Erfahrungen mit der eigenen Stärke gemacht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

...Inklusion

Anschließend brachte Helga Fassauer, Sprecherin des GEW-Arbeitskreises Inklusion, einen diesbezüglichen Antrag zur Abstimmung. Im Kern geht es darum, ob bei einer in die Fläche gehenden Integration der behinderten Kinder und Jugendlichen die Personalressourcen erhalten bzw. aufgestockt werden. In der

Natur der Sache läge es, dass es bei der Aufteilung der SchülerInnen auf viele Schulklassen pädagogischen Zusatzbedarf gebe. Dass die KollegInnen hier Befürchtungen haben, die vollmundig angekündigte Reform könne nicht von derlei Maßnahmen begleitet sein, scheint nicht unbegründet. Die jetzt von der Behörde eingeführten Bildungszentren machen allmählich deutlich, in welchem Umfang eine flächendeckende Integration Personalressourcen erfordert; sie widersprechen im Kern dem Gedanken der Inklusion und werden somit von der GEW abgelehnt. Gefordert wird also eine ausreichende, teamgebundene Personalressource vor Ort.

Ein komplexes Thema, zu dem eine Reihe von Bedenken und Fragen aufgeworfen wurden. So fragte eine Kollegin aus dem Bereich Gehörlosenpädagogik, wie man sich denn eine Integration vorstelle angesichts der Kultur, die sich über die Gebärdensprache als anerkannte Kommunikationsform in diesem Bereich etabliert habe? Es sei schwer vorstellbar, dass dies flä-

**Die Mitglieder der
Zukunftswerkstatt
der GEW treffen sich wie-
der am 17. Juni um 18 Uhr
im Curio-Haus. Jede/r ist
herzlich willkommen!**

chendeckend in allen Bildungseinrichtungen gepflegt werden könne. Ein anderer Einwand galt dem Umstand, dass der Antrag vor dem berufsbildenden Bereich halt mache. Dass es gerade auch hier Bedarf an Inklusion gebe, sei doch unumstritten. So wurde der Antrag als vorläufiges Positionspapier abgestimmt und fand damit einhellige Zustimmung.

Morgen ist heute

Im Rahmen der Vorstellung des Haushaltes wies der Kassenverwalter Klaus Bernhardt

auf die im Zusammenhang mit der Mitgliederentwicklung stehenden Probleme hin. Es müsse alles in unseren Kräften Stehende getan werden, um neue Mitglieder zu werben. Dies sei in hervorragender Weise im letzten Jahr passiert. Auch seitens des Bundes würden alle erdenklichen Mittel aufgewandt, um den Mitgliederschwund zu stoppen. Nicht zuletzt deswegen sei es gelungen, den Trend, wenn bislang auch nur leicht, umzukehren. Er sei zuversichtlich, dass man diesen positiven Trend aufrechterhalten könne, wenn die bisherigen Anstrengungen weitergeführt würden. Gerade die jungen Mitglieder in der Hamburger GEW seien ja besonders aktiv. Dies Feuer müsse aber auch noch auf die älteren KollegInnen überspringen. Kein/e neue/r Kollege/in dürfe in Bezug auf eine GEW-Mitgliedschaft unbefragt bleiben!

Frank Hasenbein, Bildungsreferent für die Norddeutschen Landesverbände Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg, stellte anschließend die von einer Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“ entwickelten Ideen dar. Neben angedachter Veränderungen der Gremienstrukturen (brauchen wir neben der LVV auch noch die Vertrauensleute-Vollversammlung?) eröffnete er einen Strauß an Möglichkeiten, was die Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung betrifft. Unter dem Schlagwort „Hecke weg“ meinen die Mitglieder der AG den Zugang zu der Rasenfläche im Innenhof des Curio-Hauses, um jede Form der Mitmach-Kultur zu stärken. Symbolisch betrachtet ist das Wegräumen von Barrieren ja immer die Voraussetzung für Veränderung. Unterstützen wir direkt und indirekt all jene, die sich für unsere Stärke und den Fortbestand unserer Organisation engagieren.

JOACHIM GEFFERS